

## **Konsequenzen zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung für die Staaten Europas**

Auch ich hatte einige Probleme mit dem Thema. Nachdem ich es zunächst faszinierend fand, überlegte ich, was kann man eigentlich dazu sagen? Dann hatte ich noch ein zweites Problem: ich wußte, daß Andras Inotai vor mir sprechen würde, und das ist immer schwierig. Es ist leichter, wenn der kompetente Fachmann nach einem selbst spricht, denn dann ist man nicht bereits dadurch verunsichert, daß schon alles Wichtige gesagt wurde.

Vom Verständnis her bin ich das Thema etwas anders angegangen: Die Nationalökonomie habe ich verstanden als Volkswirtschaft, nicht als »nationale« Wirtschaft, und habe deshalb auch Aspekte jenseits des Volkswirtschaftlichen, nicht jenseits der nationalen Ökonomien gesucht. Zum zweiten dann habe ich die wirtschaftliche Verflechtung angeschaut und was sich daraus für die staatliche Politik ergibt. Also wie gesagt, es geht mir hier nicht so sehr darum, das »Nationale« zu überwinden, sondern das, was sich neben der Volkswirtschaftsordnung bewegt, und das sehe ich auch als ganz wichtigen Teil der Union an.

Ich habe das Ganze in einer Art Thesenkatalog zusammengefaßt und beginne mit der ersten These, die sehr lapidar und einfach ist, nämlich die der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen der EU-15 und den östlichen und südöstlichen Nachbarn, die sich nach vielen Merkmalen, wie Außenhandel, Foreign Direct Investment und ähnlichem sehr intensiv entwickelt hat. Man braucht es nicht zu wiederholen, aber wenn Sie allein unsere deutsche Außenhandelsentwicklung mit dieser Nachbarschaftsregion sehen, dann ist der Außenhandelsumsatz mittlerweile bei ca. 95 Mrd. DM p.a. angelangt, was gegenüber 1989/90 ungefähr das 7-fache bedeutet. Das ist tatsächlich eine enorme Steigerung.

Zweitens, in dieser zunehmenden Außenhandelsverflechtung zeigt sich eine immer stärkere bei Teilregionen, d.h. warum hier die wirtschaftliche Verflechtung stärker ist, dafür lassen sich einige Gründe anführen. Einer ist sicherlich der unterschiedliche Entwicklungsstand dieser Partner-Volkswirtschaften. Davon abhängig ist auch die deutlich stärkere Kaufkraft in Tschechien, in Polen, in Ungarn oder in Slowenien im Vergleich beispielsweise zu Bosnien-Herzegowina oder Restjugoslawien, oder auch zu Bulgarien und Rumänien. Ein weiterer Grund, den wir schon kurz angesprochen hatten, ist der bereits besser entwickelte rechtliche Rahmen, die Rechtssicherheit, die sich infolge des intensiven EU-Anpassungsprozesses ergeben hat. Hinzu kommt, daß die staatlicherseits gewährten Investitionsanreize in dieser Teilregion deutlich stärker sind. Und als letzter Grund ist anzuführen, daß eben auch die wirtschaftliche Offenheit dieser Länder größer ist. Offene Volkswirtschaften sind einfach bessere Wirtschaftspartner. Als wichtiges Indiz für unterschiedliche Offenheit kann der Bankensektor dienen. Viele Transformationsländer haben sich gegen eine Verflechtung im finanziellen Bereich gewehrt, weil sie meinten, der Bankensektor sei

ein strategischer Sektor, den man national halten, vor Verfremdung schützen müsse. Ungarn ist hier das nützliche Gegenbeispiel geworden – es hat seinen Finanzsektor ziemlich bald geöffnet und heute wird der Bankenbereich in Ungarn von ausländischen Banken dominiert. Das bringt für die wirtschaftliche Verflechtung entsprechende Vorteile, wenn die Unternehmen aus einem EU-Land mit einem Land kooperieren, wo die Bankverbindungen funktionieren, auch Filialen oder Kooperationsbanken von eigenen, EU-Banken, tätig sind, über die man finanzielle Transaktionen direkt abwickeln kann, und die auch entsprechende Hilfestellung leisten können. Banken haben ja häufig vor allem im Außenhandel die wichtige Funktion der Hilfestellung, der Beratung und der Vermittlung.

Dritter Thesenpunkt: In den Beitrittsländern finden wir eine Retraditionalisierung, die sich in der Suche nach ihrer nationalen Identität, nach ihrer eigenen historisch-kulturellen Vergangenheit äußert, während bei uns zur gleichen Zeit eine Europäisierung stattfindet. Das wäre zwar in jedem Falle mit Fragezeichen zu versehen, aber ich glaube, die Tendenz ist zumindest vom Willen her vorhanden. Das heißt, wir haben aus dieser Unterschiedlichkeit in unserer östlich-/südöstlichen Nachbarschaft die Retraditionalisierungssuche nach Identität, und auf der anderen Seite bei uns ein gewisses schrittweises Aufgeben von Identität im Zusammenhang mit und in Richtung auf Europäisierung. Im Westen finden wir jetzt eine gemeinsame Suche nach europäischen Identitäten, in den östlichen Nachbarländern ist das jedoch noch ziemlich unterentwickelt. Hieraus ergibt sich unter anderem auch die Frage, wie lange es diese getrennte Identitätssuche noch geben soll, soll es darauf beschränkt bleiben, daß nur in den EU-Ländern die europäische Identität gesucht wird und die Beitrittsländer hieran überhaupt nicht beteiligt sind, obwohl sie doch auch erhebliches zu europäischen Gesamtidentitätsmustern beitragen könnten? Wäre nicht so bald wie möglich eine gemeinsame europäische Identitätssuche vonnöten?

**Andras Inotai**

**Man darf nicht vergessen, die Bevölkerung, die zu den Wahlen geht, die besteht nicht aus uns. Die besteht aus einfachen Leuten, die bei uns noch sehr einfach leben. Sie sprechen keine Fremdsprachen, sie lesen keine Literatur, sie sehen kein Fernsehen. Diesen Leuten kann vor den Wahlen leicht eingeredet werden: Ihr sollt nationalistisch sein, ihr seid die Schönsten, die Guten, alles andere ist schlecht. Und dann, wenn alles andere schlecht ist, dann sind auch die Osteuropäer, die Nachbarn, die früheren Verbündeten an allererster Stelle dran.**

**Warnfried  
Dettling**

**Wenn man einmal vergleicht, was eigentlich die europäischen Länder in ihren Wertvorstellungen von anderen Regionen in der Welt unterscheidet – sei es von den Vereinigten Staaten, sei es von den asiatischen Modellen –, kann man das sehr einfach auf einen Nenner bringen und sagen, daß wir in Europa immer den Ehrgeiz haben, politische Demokratie und individuelle Freiheiten, wirtschaftliche Dynamik und wirtschaftlichen Erfolg und drittens sozialen Zusammenhalt und soziale Infusion gemeinsam zu vermehren. Dies ist weltweit ein einzigartiges Angebot.**

Vierte These: Aus der Differenzierung und den Identitätsunterschieden ergibt sich automatisch die Frage nach der institutionellen und auch inhaltlichen Gestaltung der künftigen Union, zu der dann die Beitrittsländer auch gehören sollen. Dies muß als ein permanenter, sich ständig

weiterführender Prozeß erkannt werden, der sowohl vor der Erweiterung, als auch nach der Erweiterung abläuft. Welche Vorstellungen werden hier von den beiden Partnerseiten eingebracht? Die Vorstellungen, die sich jetzt doch wieder in der Diskussion in den Vordergrund zu schieben scheinen, nachdem sie zunächst schon abgeschrieben waren, sind die von eher konzentrischen Kreisen mit einem durchaus starken integrierten Kern, und nicht die von einer gänzlich homogenen Einheit, wie sie zunächst die EU-15 doch anstrebten und auch weiterhin zunächst noch anstreben sollten, auch wenn Zweifel an dieser Vollendung stärker werden. Wenn wir jetzt nach der letzten Vorentscheidung vom 13. Oktober 1999 seitens der EU-Kommission bezüglich der Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit nunmehr 12 Länder die nächsten möglichen Erweiterungsrunden betrachten, dann müssen doch Zweifel entstehen, ob die bisher verfolgte starke Kohäsion noch durchführbar ist, oder ob nicht – wenn man die Länder schnell einbeziehen möchte – konzentrische Kreise unterschiedlicher Geschwindigkeit vielleicht doch das Arbeitskonzept für die nächsten fünf oder zehn Jahre darstellen werden.

**Andras Inotai**

**Ganz sicher wird die Erweiterung, wenn wir keine Katastrophe in Europa besonders im Osten Europas, erleben werden, graduell vor sich gehen. Die Frage ist, ob es nur in konzentrischen Kreisen vor sich geht, oder aber es innerhalb dieser konzentrischen Kreise Teilbereiche geben wird, in denen ein bestehendes Land schon den Status der Mitgliedschaft erreicht, in einem anderen Bereich aber nicht.**

Das ist natürlich auch abhängig von der Bereitschaft der Beitrittsländer, wie weit diese jetzt Souveränitätsrechte abgeben möchten (und politisch auch können), wie weit sie bereit sind, Verzicht zu akzeptieren, und wie weit sie auch bereit sind, die zunächst von den Kernländern verfolgte Vertiefung mitzutragen in Richtung z. B. EUROisierung. Wir haben ja jetzt schon bei der EU-15 4 Länder, die nicht beim EURO mitmachen.

**Joop de Vries**

**Die Frage ist tatsächlich, entscheiden wir etwas als europäische Bürger, oder was entscheiden wir überhaupt? Wenn man zum Beispiel den EURO nimmt. Ich weiß nicht, in wie vielen Ländern es eine wirkliche Debatte gegeben hat über den EURO. In Großbritannien natürlich, deshalb haben sie sich entschlossen, nicht beizutreten. Aber in den meisten anderen Ländern hat es gar keine Debatte gegeben: Weil die Leute sagen, ich versteh das nicht, vielleicht ist es nicht so schlimm, vielleicht ist es etwas Gutes. Das ist dann schon das Höchstmaß an Enthusiasmus, das die meisten Europäer für dieses Projekt gehabt hatten. Das ist nicht viel.**

Oder wie weit die Länder bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in allen Bereichen bereit sein werden, hier sich in gemeinsame Grundkonzepte auch einzugliedern. Eine Art Lakmустest war im übrigen in diesem Zusammenhang der Kosovo-Konflikt gewesen, wo die Beitrittsländer durchaus einen bereits sehr hohen Grad an politischer Zusammenarbeit einbrachten, wenn auch zum Teil gegen erhebliche innenpolitische Widerstände. Daher der vierte Punkt als Frage: Was folgt aus der zunehmenden Verflechtung für die künftige Form, was wird sich daraus als vorläufiges Endprodukt ergeben? Müssen die bisherigen Vorstellungen der finalen Integrationsziele eventuell sogar einer Revision unterzogen werden? Welche möglichen absolut unverzichtbaren Kerninhalte müssen definiert werden und welche Randinhalte wären vorstell- und diskutierbar?

Igor Soczynski

Herr Professor Weidenfels hat Herrn Adenauer zitiert, und zwar hinsichtlich der Bereitschaft, die Souveränität zu verlieren, um sie später zu erlangen. Ich denke, dies kann man von einer Nation auf ein Unternehmen übertragen, das sich seit Jahren in einem kleinen Land wirtschaftlich betätigt. Hier stellt sich ebenfalls die Frage, ob man bereit ist, die Souveränität zu verlieren, um sie später zu verwirklichen. Auch die Marktgesetze greifen in diese Richtung: Allein kann man nicht überleben, nur mit einem starken Partner. Dieser Tatsache ist man sich bewußt, aber eine rein wirtschaftliche Betrachtung reicht nicht aus, um das wiederzugeben, was die Menschen tatsächlich fühlen. ... Unsere Aufgabe sollte es sein, die kulturelle, geschichtliche und nationale Komponente miteinzubeziehen und Nationalbewußtsein in eine Form zu bringen, die sich mit den Marktgesetzen verträgt.

Fünfte These: Wirtschaftsverflechtung ist nicht gleichzusetzen mit Harmonisierung der politischen Kultur. Im Wirtschaftlichen findet man eher gemeinsame Zielvorstellungen, vielleicht auch gemeinsame Identitäten. Im Politischen vielleicht zunächst auch, aber in der Politischen Kultur sicher nicht. In den politischen Zielvorstellungen kann man sich durchaus Gemeinsamkeiten vorstellen, aber wie die Politik dann durchgeführt wird, in welchem Rahmen und vielleicht auch in welcher Konstellation, das ist sicherlich unterschiedlich, weshalb Wirtschaftsverflechtung und stärkere Harmonisierung nicht gleichzusetzen ist mit einer Harmonisierung der politischen Kultur. Als praktisches Anschauungsbeispiel kann man Westeuropa heranziehen, wo wir ja auch unterschiedliche politische Kulturen vorfinden. Vergleichen Sie doch einfach Italien und Dänemark oder Spanien und Schweden miteinander. Wir finden dort immer noch deutlich unterschiedliche politische und vor allem auch Rechtskulturen. Blicken wir auf die Beitrittsländer, so offenbart sich dort eine Art intensivster Wettbewerb, ja sogar Kampf – von Kampfsituationen hatten wir vorhin schon gesprochen –, ein Kampf zwischen angelsächsischem, französischem, deutschem, romanischem Recht um die Vorherrschaft. Auf der anderen Seite haben wir aber in den Beitrittsländern eine ganz erhebliche Anzahl von Hindernissen bei den Versuchen der Rechtsangleichung, vor allem administrativen Hindernissen, aber auch einen großen Mangel an juristisch ausgebildetem Personal.

Andras Inotai

Eine der Eigenarten der Osterweiterung besteht darin, daß die Reihenfolge ganz anders ist ... als die Reihenfolge der Erweiterung durch die Mittelmeerländer. Bei den Mittelmeerländern hat niemand nach Kopenhagener Kriterien gefragt, hat niemand nach wettbewerbsfähiger Wirtschaft gefragt, manche Länder haben auch bisher keine wettbewerbsfähige Wirtschaft und sind EU-Mitglieder. Diese Reihenfolge war: institutionelle Integration, also Mitgliedschaft in der europäischen Gemeinschaft, und als Folge einer institutionalisierten Mitgliedschaft der Aufbau der Mikrobeziehungen, also die Verstärkung der Struktur, der Wettbewerbsfähigkeit, des interindustriellen Handels, wenn es überhaupt dazu gekommen ist. In unserem Fall ist es umgekehrt. Wir haben in den ost-mitteuropäischen Ländern schon einen sehr hohen Grad, ich würde sagen einen EU-konformen Grad an interindustriellem Handel, an Privatisierung, an Direktinvestitionen, an technologischen Kontakten erreicht, und auf der Grundlage dieser Mikrobasis sind wir nun bestrebt, so bald wie möglich die institutionelle Mitgliedschaft zu schaffen.

Franz-Lothar  
Altmann

Der Vergleich mit der Süderweiterung, der immer wieder kommt, der ist auch wichtig. Damals waren ein paar Rahmenbedingungen anders gewesen. Zum einen waren die ökonomischen Rahmenbedingungen sicherlich anders als heute, Kerneuropa war viel besser dagestanden, es gab keine Befürchtungen einer größeren Arbeitslosigkeit, sie war relativ gering damals im Kerneuropa .... Die Übernahme der finanziellen Verpflichtungen stellte für diese drei Länder, also Spanien, Portugal, Griechenland auch kein großes Problem dar. Der zweite Unterschied war, daß es damals vor allem

eine politische Entscheidung in erster Linie war. Man wollte diese damals gerade umgewandelten Demokratien nach der Überwindung der Diktaturen stärken durch die Hereinnahme nach Europa. Ich glaube, das sind wichtige Argumente, die aber heute nicht da sind. Deswegen wird heute vorwiegend auf das Ökonomische geschaut.

Sechste These: Der grundsätzliche Anpassungsbedarf ist in den Partnerregionen West und Ost unterschiedlich. Bei den Beitrittsländern ist der Anpassungsbedarf wohl vorwiegend in der Wirtschaft und bei den Institutionen sowie im Rechtsbereich zu finden. Bei den bisherigen EU-15 würde ich eher meinen, das wäre auch ein möglicher Diskussionsinhalt, daß es vor allem die nicht-ökonomischen Bereiche sind, wo entsprechender Anpassungsbedarf besteht. Wir hörten ja heute Vormittag schon, daß gerade die Ökonomie wie ein große Flutwelle den Osten überspült, die in sehr eindeutiger Richtung ausschließlich von West nach Ost übergreift.

Andererseits besteht zunächst im nicht-ökonomischen Bereich durchaus Anpassungsbedarf in der Art und Weise, wie man mit den jeweiligen Partnern auf beiden Seiten umgeht. Es stellt sich die Frage, welche sozialen Wertfelder sich hier begegnen oder vielleicht sogar konfrontativ gegenüberstehen, die Frage nach dem Verständnis für andere Vorstellungen, z. B. über die Aufgaben des Staates, über die Verantwortung des Staates, nicht nur im Anfangsprozess, sondern auch künftig. Das heißt, es müssen erhebliche, grundsätzliche Unterschiede im Anpassungsbedarf aus dem Prozeß der Annäherung erkannt werden.

Gibt es eigentlich zu dieser Thematik irgend etwas wie eine ost- oder mitteleuropäische Solidarität? Gibt es etwas, das über das Interesse Tschechiens hinausgeht, oder das der Ungarn oder das der Polen? Sagen die Ungarn: »Ich würde mich bei diesem ganzen Europakonzern eigentlich nur wohl fühlen, wenn auch die Polen dabei sind«? Oder heißt es: rette sich wer kann, wer ist der schnellste von uns in der EU, es ist doch völlig egal, ob die Polen oder Tschechen dabei sind. Und wie ist das umgekehrt in den anderen Ländern. Gibt es so etwas wie so eine Art Solidarität, die auch zu der Überlegung führt: Es kann uns doch übermorgen, wenn wir Mitglied sind, durchaus helfen, wenn wir so eine Art Gruppenbildung gemacht haben und nicht jeder alleine da vor sich hinstrampeln muß. Gibt es so etwas?

Der siebte Punkt als These wäre, daß es sicherlich eine Bewußtseinsveränderung in der Bevölkerung gibt. Hier handelt es sich wiederum auf beiden Seiten um einen Lernprozeß. Auf der EU-Seite würde ich jetzt lapidar vereinfacht sagen, die Nachbarschaft dieser Beitrittsländer ist sowohl positiv, weil nach der großen Wende nicht mehr kommunistisch beherrschte Diktaturen sondern Transformationsländer unsere Nachbarn darstellen, die nach demokratischen Prinzipien ihre Nachbarschaften pflegen werden, wie auch unvermeidbar mit all ihren Defiziten und Unvollkommenheiten. Bei den Beitrittsländern ist ein starkes Umdenken im Bewußtsein der Bevölkerung von »behüteter Gemeinschaft« zu »Individualverantwortung« vonnöten.

Ich war 1990 an einer Studie beteiligt, bei der wir 500 Menschen in Ostdeutschland, also der ehemaligen DDR, in Dresden, befragt haben, und eine Vergleichsstudie in Frankfurt dazu gemacht haben. Uns hat interessiert, wie sich Menschen in so einem gigantischen Veränderungsprozeß vom Kommunismus zum Kapitalismus am besten adaptieren. Wer sind diejenigen, die sich offensichtlich ganz gut anpassen und die erfolgreich sind. Und wir haben erstaunliche Ergebnisse erzielt. ... Wir haben herausgefunden, daß ein entscheidend Faktor die Eigeninitiative war, die persönliche Eige-

Werner  
Weidenfeld

Brigitte Winkler

nitiative, die dieser Mensch von sich aus mitbrachte. .... Wir haben dann über 4 Jahre hinweg die Menschen mitverfolgt, und das Ergebnis war drastisch: Die Menschen, die hohe Werte in der Kreativität, in der Eigeninitiative hatten, waren auch die Menschen, die vermehrt neue Ausbildungswege gegangen sind, die schnell feste Jobs in Unternehmen gefunden haben. Ich fand ziemlich erstaunlich, daß der persönliche Faktor, daß die persönliche Verhaltensweise doch so entscheidend war für die Art und Weise, wie sich jemand in dem neuen Staatssystem, mit den neuen Regeln zurechtfindet.

Kristina  
Larischóva

Die Erwartungen an den Staat sind bei der Bevölkerung so, daß die soziale Problematik brisanter ist. Aber es gibt auch die andere Tendenz, daß die Leute mehr bereit sind, eine eigene Initiative zu entwickeln und vielleicht doch auch einmal das eigene Dorf zu verlassen und woanders hin zu gehen.

Dies ist sicherlich mit Schwierigkeiten behaftet. Risikoübernahme ist ein Stichwort: Neue Risiken treten plötzlich auf, die zum Teil von der Politik ins Bewußtsein der Bevölkerung hineingetragen werden. Neue Risiken wie Umwelt oder illegale Migration sind Erscheinungen, die man vorher nicht kannte. Organisiertes Verbrechen, Finanzkrisen, Inflation, Korruption, das sind Neuerscheinungen, die im Bewußtsein der Bevölkerung erst einmal auch verarbeitet werden müssen, und die jetzt durchaus mit den grundsätzlichen Veränderungen, mit der neuen Nachbarschaft, mit der Öffnung zu dieser Nachbarschaft indirekt verbunden werden.

Neue Risikoinhalte bringen denn auch für diese Bevölkerung in den Beitrittsländern eine neue Trennung zwischen Staat und Bürgern. Früher bestand eine mehr formalistische, bürokratische Trennung zwischen Herrschaftsapparat und Untertan, andererseits vermittelte ›der Staat‹ dem Einzelnen ein gewisses soziales Grundsicherheitsgefühl (Arbeit) – so wird es zumindest in der nostalgischen Retrospektive gesehen, wenn in den unfertigen neuen Marktwirtschaften hohe Arbeitslosigkeit und ein schwaches Sozialnetz dem Bürger Existenzangst verursachen –. Heute ist das Bewußtsein des Einzelnen gerade in Bezug auf das Sicherheitsbedürfnis und das Sicherheitsverständnis in Ost und West zunächst noch grundsätzlich unterschiedlich. Wenn die Bevölkerung von mehr Sicherheit spricht, dann sind in den Beitrittsländern und innerhalb der EU gänzlich andere Rangfolgen zu spüren, die sich allerdings auch langsam schrittweise anzugleichen beginnen. Bei den Beitrittsländern ist es zunächst die internationale Sicherheit, die man prioritär obenan stellt (NATO-Mitgliedschaft), davon abgeleitet dann vielleicht die nationale Sicherheit und dann erst die lokale und die individuelle. Umgekehrt ist die Reihenfolge bei uns zu sehen. Individuelle Sicherheit zuerst, dann lokale, dann nationale und schließlich die internationale. Letztere spielt heute bei uns bei weitem nicht mehr die Rolle, die sie noch vor zehn Jahren in der Endzeit des Ost-West-Gegensatzes gespielt hat. Bei den Beitrittsländern ist aus dem Neugewinn der nationalen Souveränität das Schutzbedürfnis für diese Souveränität noch viel stärker vorhanden. Bei uns findet man sich gedanklich schon eher im Prozeß der Europäisierung und hat den Begriff der internationalen Sicherheit, wie man ihn früher gebrauchte, auch im Gegensatz zum Osten nicht mehr so präsent. Internationale Sicherheit deckt heute im Westen seine Inhalte eher mit Begriffen wie Bekämpfung internationaler Kriminalität als mit globalen Konfliktmög-

lichkeiten ab. Hier spielt die individuelle Sicherheit vielleicht eher eine vorrangige Rolle. Das heißt, daß in der Tat erhebliche Bewußtseinsveränderungen auf beiden Seiten zu verzeichnen sind.

Der achte Punkt wäre bei mir die Rolle des Staates bei der Annäherung. Hier möchte ich zunächst einmal behaupten, daß ein Großteil der ersten schnellen Annäherung vorwiegend über die Wirtschaft und nicht über den Staat abläuft. Allerdings sind auch hier wieder gewisse Voraussetzungen erforderlich, daß im Bereich der Wirtschaft überhaupt eine Annäherung erfolgen kann. In erster Linie ist es notwendig, daß die Privatisierung in den Beitrittsländern, den Nachbarschaftsländern erfolgreich abläuft. Hier wiederum ist der Staat durchaus gefragt. Der Staat muß in den Beitrittsländern die Privatisierung ermöglichen, vorantreiben, er muß den rechtlichen und operativen Rahmen setzen. Insbesondere muß diese Rahmensetzung so erfolgen, daß das Ergebnis der Privatisierung dann eine Wirtschaftsstruktur und eine Unternehmensstruktur ist, die die Annäherung auf wirtschaftlicher Ebene dann ermöglichen. Die Rolle des Staates in diesem Bereich, der zunächst nur wirtschaftlich aussieht, ist also doch vorhanden, wenn auch nur indirekt als Rahmensetzer. Der Staat muß die Institutionen bilden, er muß die Normen setzen, er muß die Standards und den Rechtsrahmen angleichen, damit die darauffolgende Verflechtung überhaupt erst möglich wird.

Milan Horalek

Wer hat die ersten kapitalistischen Unternehmungen gegründet? Entlassene politische Stabsoffiziere, politische Funktionäre. Das war auch für mich eine Überraschung. 1990 habe ich Arbeitsämter gegründet. Damals sind 8000 Stabsoffiziere entlassen worden, und einer meiner Freunde in der Regierung hat mich gefragt: »Was wirst du in deinen Arbeitsämtern mit diesen Leuten machen?« Wie viele von diesen 8000 sind dann zu den Arbeitsämtern gekommen? 47, das hab ich damals im deutschen Spiegel gelesen. Wo waren die anderen? In neugegründeten kleinen Firmen. In den ersten Hertz oder Avis ähnlichen Firmen haben Oberste vom Stasi 20 Mercedes zu je 3 Mio. Kronen gehabt.

Rafal Dutkiewicz

Auch in Polen gibt es diese Schatten des Kapitalismus, in wirklich großem Maße. Es gibt die ehemaligen Kommunisten, die die krummen Geschäfte gemacht haben, und die jetzt weitere Geschäfte machen. Aber generell gesehen würde ich sagen, daß man heutzutage in Polen das Unternehmerische doch positiver anschaut. Die Möglichkeit, daß man selbst etwas machen kann, das ist das Wichtigste.

Werner Weidenfeld

Wir sind damals (zur Wendezeit) auch in die DDR gereist und haben mit den Oppositionellen diskutiert. Sie befanden sich natürlich in einem völlig chaotischen Organisationszustand und wußten nicht, wie sie sich organisieren sollten. Wir mußten uns mit Händen und Füßen wehren, daß nicht wir, Herr Jannig und ich gewissermaßen dort zu den Oppositionsführern gewählt wurden. ... Und als wir dann mit ihnen diskutierten, wie man diese ganze Geschichte aufbrechen könnte, in der noch existierenden alten DDR, da haben die dann ausgerufen, na ja die einzigen die hier das können und wissen ist doch die SED. Sie sind die einzigen, die Organisationserfahrung haben, die wissen wie man mit Großorganisation umgeht. ... Und insofern hat es mich dann anschließend nicht gewundert, daß diese Typen wieder in dem aufbrechendem neuen System wieder an den Schlüsselpositionen waren. Natürlich hatte die Stasi dann die Taxiunternehmen in der Hand, usw.

Der Staat in der Transformation muß also, wie Daniel Daianu, einer unserer rumänischen Kollegen (und rumänischer Finanzminister im Jahre 1999) einmal formuliert hatte, den Aufbau des sogenannten institutionellen Kapitals vorantreiben, und darunter verstand er

zunächst das Sozialkapital, das sind die Normen für das Zusammenleben von Individuen, von Gruppen, von Organisationen. Der Staat muß sodann das zivile Kapital ermöglichen, aufbauen, das sind die institutionalisierten Machtkontrollen, die Kontrollen über wirtschaftliche und politische Macht. Er muß das Führungskapital aufbauen, die Ausbildung. Und er muß auch noch das Kohäsionskapital aufbauen, das sind die Inhalte, die für die soziale Stabilität der Gesellschaft als notwendig angesehen werden. Das stellt sicherlich die Aufgabe des Staates in den Beitrittsländern im Prozeß der Annäherung.

In den EU-Ländern kann man ebenfalls den Staat in einer Helferrolle, in einer Aufgabenrolle sehen, und zwar insofern, als er für die Annäherung, für den Nachbarschaftsprozeß vielfältige Hilfestellung durch Partnerschaften geben kann, vor allem auf der administrativen Ebene, weil die Verwaltungen in den Nachbarländern zum Teil völlig neu strukturiert, d.h. insbesondere dezentralisiert werden müssen, mit all den dazugehörigen Problemstellungen, die auf die neuen, mit weitreichender Selbstverwaltung versehenen lokalen und regionalen Einheiten zukommen.

Wichtig in diesem Annäherungsprozess, dem Nachbarschaftsprozeß, ist dabei die Erkenntnis, daß der Staat in seinem (vermeintlichen) Aufgabenbereich sowohl bei uns als auch in den Beitrittsländern kein Monopol ausüben darf. Monopolvermeidung beziehungsweise -verhinderung gilt für den Staat ebenso wie für die Märkte, aber auch im Verhältnis zwischen Staat und Markt. Bei letzterem muß ein gesundes Gleichgewicht zwischen den Aufgaben von Staat und Markt erkenntlich sein. Trotzdem finden wir durchaus unterschiedliche Herangehensweisen an dieses Verständnis. Die angelsächsische Herangehensweise wird sicherlich die Waage mehr zugunsten des Marktes stellen, während auf der kontinentaleuropäischen Seite eher ein Gleichgewicht zwischen Staat und Markt angezielt wird. Märkte sind in diesem Verständnis soziale Konstrukte, die sich nicht ohne Kontrolle entwickeln dürfen. Hier hat der Staat eine ganz wichtige Aufgabe, er hat regulierende, stabilisierende Funktion. Aber es besteht immer die Versuchung der Überregulierung, vor allem in den Ländern, in denen massiver Staatseinfluß und Staatsintervention üblich waren, wie eben wieder in den nachbarlichen Beitrittsländern. Märkte können nur dort Wunder wirken, wo es der Staat erlaubt, und wo er auch den Rahmen dafür setzt.

Dabei ergibt sich jetzt als nächste Frage bei diesem Punkt »Rolle des Staates bei der Annäherung«, wo der Staat dann eigentlich seine spezifischen Aufgaben hat. Bisher sagte man, das sind die Gleichgewichtsfunktion, die Ermöglichungsfunktion, die rahmensetzende Funktion. Man kann aber auch ganz explizit die Frage stellen nach einer mehr aktiven Rolle des Staates: Hat er sie überhaupt noch und wenn, wo sollte er sie ausüben? Hier gibt es nach meiner Meinung einige Stichpunkte, die man diskutieren könnte.

Der erste wäre Industriepolitik. Sehr umstritten auch bei uns, aber trotzdem immer wieder in der Diskussion. In den Beitrittsländern ist m. E. sicherlich Industriepolitik erforderlich. Als notwendigen Bereich

würde ich z. B. die Umstrukturierung der Großindustrie anführen, wo vor allem zunächst kein privates Investitionskapital in ausreichendem Umfang vorhanden ist. In der Umweltpolitik oder in der Energiepolitik würde ich ebenfalls doch aktive Rollen des Staates in der Anpassung an die europäische Gesamtheit und ihre Normen und auch Möglichkeiten sehen.

Bei uns in der EU stellt sich eher in Hinsicht auf Industriepolitik ein großes Fragezeichen. Bringt man den Begriff Industriepolitik ins Gespräch, dann stößt man sofort auf verschiedene Schulen und entsprechend unterschiedliche politische Dogmen. Wenn wir die neuen Bundesländer anschauen, dann wurde dort der Ruf nach Industriepolitik verständlicherweise laut, als es um den Erhalt von Industriestandorten und Beschäftigung ging und man den sogenannten Heilungskräften des Marktes nicht so ganz vertrauensvoll gegenüberstand. Aber auch insgesamt in der EU findet man auch relativ häufig positive Einstellungen gegenüber dem Begriff Industriepolitik, wobei das, was im einzelnen darunter verstanden wird, durchaus verschieden sich darstellt. Die europäischen Strukturfonds sind ja eigentlich auch nichts anderes als Industriepolitik. Wenn Sie Griechenland oder Portugal anschauen, dann wären diese Länder ohne die Strukturfonds, ohne die Industriepolitik, wahrscheinlich nicht dort, wo sie sich heute befinden. Interessant ist hier in dem Zusammenhang aber dann die Frage, wie passen die unterschiedlichen Entwicklungsstufen in West und Ost zusammen. Wenn es unterschiedliche Konzepte auch in der Industriepolitik – nicht nur in der grundsätzlichen Einstellung, aber auch entsprechend der verschiedenen Entwicklungsstufen – gibt, wie kann man jetzt »europäische« Industriepolitik auch übertragen auf die Beitrittsländer, müssen da u. U. neue Konzepte erst entwickelt werden? Müssen diese national sein, oder sollen sie von vornherein europäisch ausgerichtet sein?

Ein zweiter Bereich spezifischer Aufgaben des Staates findet sich sicherlich im Bereich soziale Sicherheit. Hier stellt sich die Frage: Welches System soll jetzt für die Beitrittsländer auf ihrem Annäherungsweg nach Europa maßgeblich, beispielhaft sein, das US-amerikanische System mit der größeren Übernahme von privaten Risiken, oder das sozialdemokratische, mitteleuropäisch ausgerichtete, evtl. auch das schwedische Modell, das der Tradition der Gesellschaften dieser Länder nähersteht als das amerikanische? Trotz dieser vermeintlichen Nähe des mittel-/nordeuropäischen gibt es in der Übernahmediskussion in den Beitrittsländern einen Wettbewerb. Polen hat im übrigen bei seiner kürzlich in Angriff genommenen Reform des sozialen Sicherheitssystems auf eine sehr interessante Mischung von verschiedenen Ansätzen zurückgegriffen, wie dies in Südamerika etwa Bolivien bereits durch eine Kombination von Privatisierung des Versicherungssystems und Reform des staatlichen Pensionssystems erfolgreich durchgeführt hat. Für die betroffenen Länder ist die Entscheidung hier extrem schwierig, weil es ja nicht nur um eine normale Transformation eines Teilbereichs geht, sondern weil gleichzeitig auch die ganze »Marktwirtschaftisierung«, die Umwandlung der bisherigen sozialistischen Verwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft Effekte zeitigt,

die sich zur Zeit ohnehin schon sehr negativ im sozialen Bereich auswirken: Hohe Arbeitslosigkeit, Verarmung großer Teile der Bevölkerung, stärkere Wohlstandsunterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen. Eine reine »Marktwirtschaftisierung« des Bereichs der sozialen Sicherheit würde diese Negativeffekte nur noch verstärken, weshalb die Einzelbereiche der sozialen Sicherheit derzeit einen überaus wichtigen Aufgabenbereich des Staates darstellen, vor allem aber auch deshalb, weil von ihnen die Stabilität der Gesellschaft weitgehend mitbestimmt wird.

Ein vierter Bereich, der hier angesprochen werden könnte, wäre die Förderung des technischen Fortschritts. Auch bei uns wird diese Thema sehr intensiv und auch kontrovers diskutiert. Hier in Bayern stellt es zur Zeit eines der großen politischen Modewörter dar: Investition in die Zukunft, hier Technologische Offensive Bayern genannt. Gemeint sind die Investitionen in Ausbildung, in Technologieparks, Investitionshilfen für Zukunftsindustrien. Der große internationale Wettbewerb, die Globalisierung, zwingt die nationalen Volkswirtschaften immer wieder, in diesen Kategorien zu denken. Diese sind aber auch sehr diskutabel, insbesondere, wie weit der Staat hier Zeichen setzen kann und soll. Er mag Signale tatsächlich vorausszusehen oder kann sie auch stimulieren, oder sie aufnehmen und umsetzen. Trotzdem bleibt Technologieförderung eine sehr interessante Frage, die man als reiner Marktwirtschaftler zunächst ablehnt. Aber es gibt immer wieder durchaus positive Beispiele, wo eine gezielte Technologieförderungspolitik ihre Auswirkungen zeigen konnte, und Bayern wird immer wieder als ein solches vorgeführt.

Schließlich noch der Punkt Förderung des Außenhandels. Auch so ein Bereich, wo der Staat immer noch – und immer wieder – eine ganze Reihe von Aufgaben wahrnimmt. Sei es im Bereich der Kreditversicherung, sei es im Bereich der aktiven Gemeinschaftswerbung, der Veranstaltung von Außenhandelspräsentationen oder sei es, daß Staatschefs bei Auslandsreisen sich mit einer Entourage von Industriellen umgeben, um dann mit diesem Gefolge Außenhandelspolitik zu betreiben.

Daraus ergibt sich die grundsätzliche Frage, Thesenpunkt neun: Wird dies alles weiterhin national umgesetzt, oder ist es möglich, diese Bereiche der staatlichen indirekten und erst recht der staatlichen direkten Politik schon europäisch zu gestalten?

Marcell  
von Donat

**Ein Problem, zu dem ich mir überhaupt keine Lösung einfallen lassen kann, ist, daß die Demokratie eine Öffentlichkeit braucht. ... Aber wie läßt sich mit 11 oder mit 23 Sprachen eine Öffentlichkeit herstellen? ... Ich sehe nur zwei Alternativen, und beides ist die Cholera und die Pest. Entweder Demokratie ist unser Ziel, dann müssen wir die Öffentlichkeit herstellen und dann müssen wir in unseren Schulen überall als eine gemeinsame Zweitsprache, Englisch oder weiß ich was, lernen. Das wird aber kein selbstbewußtes altes Volk – und die Europäer bestehen nur aus selbstbewußten alten Völkern – auf Dauer hinnehmen. Und schon bricht die ganze Brisanz des Sprachenstreites wieder aus und Europa ist am Ende. Oder aber wir tolerieren die Vielsprachigkeit, dann werden wir keine Öffentlichkeit herstellen, und dann werden wir keine europäische Demokratie haben. Wir werden eine Demokratie der Regierungen haben, aber niemals eine Demokratie der Völker. Diese beiden gegensätzlichen Schwierigkeiten sind für mich eine Sackgasse, ein echtes Dilemma.**

**Für mich bleibt die europäische Öffentlichkeit heterogen. Ich weiß, das europäische Parlament möchte am liebsten ein Volk, ich sage das etwas schmunzelnd. Nein, dazu kommt es nicht. Dagegen sind die Franzosen, die Dänen, die Iren. Aber man kann kommunizieren, und man soll gemeinsame Werte pflegen und eventuelle Interessenkonflikte in gemeinsamen Kontakten lösen. Ich bin hier nicht so pessimistisch.**

Ist also in diesem Annäherungsprozeß, der sich jetzt in Ost- und Mitteleuropa vollzieht, eine Europäisierung schon von Beginn an möglich oder müssen diese einzelnen Bereiche der staatlichen Politik zunächst national entwickelt und erst später europäisiert werden? Eine eindeutige Antwort ist hierauf wohl nicht möglich, sondern müßte von Fall zu Fall, von Einzelbereich zu Einzelbereich geklärt werden. Sicherlich könnten in vielen Fällen nationale Umwege aus rationalen Erwägungen heraus vermieden werden, häufig ist dies aber aus politischen Gründen (Stärkung des nationalen Konsenses als Grundlage für die Ermöglichung schmerzhafter Reformprogramme) nicht sofort möglich.

Es gibt, und das ist Punkt zehn, einige Sonderbereiche von nationaler Politik in Europa, die jetzt ins internationale, übernationale übergeführt werden. Das ist zum einen die Außen- und Sicherheitspolitik, neuerdings die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität. Das ist als zweiter Bereich die gemeinsame Agrarpolitik. In diesen Bereichen muß man immer auch den Seitenblick auf die Beitrittsländer werfen, weil diese hier jetzt schon mitwirken können beziehungsweise durch eine frühzeitige Beteiligung sich in ihren nationalen Vorbereitungen auf ihre künftige Einbindung einstellen können. Wichtig ist dabei allerdings sicherlich auch, inwieweit die einzelnen Beitrittsländer auch innenpolitisch diese schrittweise stärkere Einbindung in bereits fortgeschrittene Integrationsbereiche vertreten und durchsetzen können. Der Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik stellt dabei zur Zeit wohl noch den größten Stolperstein für die Erweiterung – von beiden Seiten – dar, weshalb er auch in den Kapitelverhandlungen in allen Fällen bisher noch ausgeklammert blieb.

Der dritte Bereich, der jetzt auch zunehmend internationalisiert, europäisiert wird, ist der der inneren Sicherheit, mit den Teilbereichen (gemeinsame) Asylpolitik und Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität. Gerade bei letzterem funktioniert die grenzüberschreitende Verflechtung schon bis nach Rumänien und Bulgarien und wird ständig verstärkt. Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist u. a. der kürzlich erfolgte Vorschlag der EU-Kommission, die Visapflicht für diese Länder aufzuheben. Im übrigen stellen diese Bereiche auch wichtige Grundvoraussetzungen für das Zusammenwachsen der Wirtschaften dar, für den reibungslosen wirtschaftlichen Warenaustausch und den Transfer von Kapital, Arbeit und Know-how.

Thesepunkt elf: Welche Politik muß Brüssel künftig im weiteren Ausbau der bereits erfolgten Verflechtung ausüben? Welche Bereiche soll Brüssel hier schon aktiv oder gar aggressiv angehen, z. B. Anti-Kartellpolitik, Anti-Monopolpolitik? Kann so eine Politik dann konkurrieren mit der Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich? Welche Auswirkungen hat die ständige Vergrößerung Europas

auf die Inhalte bestimmter bisher auf die EU-15 beschränkten Politiken? Wie weit sollen wir in europäischer Gemeinschaftspolitik beispielsweise im Bereich der Anti-Monopolpolitik gehen ohne gleichzeitig im weiteren internationalen Rahmen unsere Wettbewerbsposition zu gefährden, wenn weltweit, global, nur wirklich große Wirtschaftsverbände, wie zum Beispiel im Bereich Luftfahrt und Raumfahrt, existieren können? Sollte man hier die klare, marktwirtschaftlich reine Anti-Monopolpolitik greifen lassen und eine auf Europa bezogene klare Monopolstellung zerschlagen, oder sollte man hier nicht über den Rand Europas schon hinausschauen und Strukturen zulassen, die vielleicht im europäischen Kontext als nicht marktwirtschaftlich angesehen werden, aber im großen globalisierten Vergleich einfach auch notwendig sind im Sinne des Überlebens? Hier widerspricht sich zum Teil auch das, was man von der Politik her machen möchte oder eben dann auch machen kann.

Und dann schließlich als letzter Punkt: Wird die EU, wird Brüssel auch künftig auf der europäischen Ebene eine Art Wächterfunktion übernehmen für den sozialen Wohlstand, also für das, was wir heute angesprochen hatten mit Arbeitspolitik, Arbeitsbeschaffungspolitik, und für Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Bereich? Wird Brüssel hier tatsächlich eine soziale, wettbewerbsfördernde Politik für Gesamteuropa mit gleichzeitigem Blick auf die internationale Globalisierung übernehmen und durchführen können, und inwieweit werden die Nachbarländer, die sich jetzt mit uns zunehmend verflechten, auch bereit sein, schon auf dieser Schiene mit einzusteigen und sich hier einzuordnen, obwohl es für sie noch 10 oder 15 Jahre dauern kann, bevor sie Vollmitgliedsländer werden?